



HISTORISCHE AUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Wahlen in der Weimarer Republik

Die **Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919** waren die ersten freien und demokratischen Wahlen auf Reichsebene nach dem Sturz der Monarchie. Erstmals hatten auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Im Reichstag erzielten MSPD, Zentrum und die linksliberale DDP gemeinsam die absolute Mehrheit der Sitze; die drei Parteien bildeten die Regierung der so genannten Weimarer Koalition unter MSPD-Ministerpräsident Philipp Scheidemann. Die linkssozialistische USPD, die sich für umfassende Sozialisierungsmaßnahmen und radikale wirtschaftliche Veränderungen ausgesprochen hatte, konnte dagegen von den seit Beginn der Novemberrevolution anhaltenden Unruhen nicht profitieren und landete weit abgeschlagen hinter der MSPD und den bürgerlichen Parteien.

Am **6. Juni 1920** wurde der erste Reichstag der Weimarer Demokratie gewählt. Die regierende Weimarer Koalition musste empfindliche Stimmenverluste hinnehmen, verlor ihre parlamentarische Mehrheit (-124 Sitze) und die Regierungsverantwortung. Das leicht geschwächte Zentrum (-2,3%), die dezimierte DDP (-10,3) und die gestärkte rechtliberale DVP (+9,5%) bildeten unter Konstantin Fehrenbach (Z) ein von der stark geschwächten MSPD (-16,2%) toleriertes Minderheitskabinett. Die Enttäuschung über die MSPD-Regierungspolitik, die die Forderungen der Arbeiter nach Sozialisierung und sozialpolitischen Verbesserungen nur halbherzig erfüllt hatte, scheint viele ehemalige MSPD-Wähler zur Wahl von USPD und KPD bewogen zu haben. Eindeutiger Sieger der Wahl war die USPD, die mit einem Zugewinn von 10,3% (auf 17,9%) und 84 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion im Reichstag stellte. Auch die systemoppositionelle DNVP vom rechten politischen Rand erzielte mit einem Zuwachs von 4,8% deutliche Zugewinne und war nun drittstärkste Kraft (71 Sitze).

Gewinner der **Wahlen zum zweiten Deutschen Reichstag am 4. Mai 1924** waren die republikfeindlichen Parteien am linken und rechten Rand, die infolge der schlechten Wirtschaftslage („Inflationwahl“) und der allgemeinen Verunsicherung erheblichen Zulauf erhielten. Wahlsieger war die KPD, die einen deutlichen Zuwachs von 10,5% auf 12,6% verzeichnen konnte. Auch die rechtskonservative DNVP und die Listenverbindung aus Deutsch-Völkischer Freiheitspartei und NSDAP profitierten von der nationalchauvinistischen Propaganda gegen die Ruhrbesetzung und den Dawes-Plan: die DNVP konnte nochmals deutlich zulegen und stellte mit 19,5% Stimmenanteil und 95 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion. Die völkisch-nationalsozialistische Listenverbindung konnte mit 6,5% der Stimmen erstmals auch das rechtsextreme Spektrum parlamentarisch etablieren. Die Parteien der Weimarer Koalition DDP (-2,6%), Zentrum (-0,2%) und die wiedervereinigte SPD (-1,2%) verloren dagegen ebenso wie die seit 1920 wiederholt an Reichsregierungen beteiligten „Vernunftrepublikaner“ der rechtsliberalen DVP (-4,5%).

Am **7. Dezember 1924** wurde erneut gewählt, da sich die Minderheitskoalition aus DVP, Zentrum und DDP unter Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs hiervon stabilere Mehrheitsverhältnisse versprach. Tatsächlich konnten DDP (+0,4%), DVP (+0,9%) und Zentrum (+0,2%) leicht, die Sozialdemokraten sogar stark (+5,5%) hinzugewinnen, während die rechtsextreme nationalsozialistische Freiheitsbewegung 3,5%, die Kommunisten 3,6% verloren. Aber stabile Mehrheitsverhältnisse waren immer noch nicht gegeben, da die DNVP sich auf 20,5% steigerte und damit für die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitskoalition unverzichtbar geworden war. Tatsächlich scheiterte die unter Reichskanzler Luther (parteilos) gebildete Mitte-Rechts-Regierung aus DDP, Zentrum, BVP, DVP und DNVP bereits nach einem Jahr und wurde erneut von einem Minderheitskabinett abgelöst.

Die **Reichstagswahl vom 20. Mai 1928** stand ganz im Zeichen der wirtschaftlichen Erholung und stärkte das demokratische politische Spektrum. Die SPD wurde klarer Sieger und erzielte 29,8% (+3,8%). Obwohl die bürgerlichen Parteien durchweg leichte Verluste um 1,5% hinnehmen mussten, konnten Sozialdemokraten gemeinsam mit Zentrum (12,1%), DDP (4,9%), DVP (8,7%) und BVP (3,1%) eine Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) bilden, die im Reichstag über eine stabile Mehrheit verfügte. Während sich die KPD mit 10,6% (+1,6%) auf niedrigem Niveau stabilisierte, erlitt die DNVP mit 14,2% eine herbe Niederlage; sie verlor 6,5% ihrer ehemaligen Wähler von 1924 an andere, meist demokratieskeptische bzw. –feindliche Splitterparteien im rechten Spektrum. Der hohe Wert von 13,9% für die sonstigen Parteien markiert die für die Weimarer Republik so verhängnisvolle Tendenz zur Parteienzersplitterung. Die erstmals mit einer eigenen Liste antretende NSDAP blieb mit 2,6% Stimmenanteil wahlpolitisch noch unbedeutend.

Die in der Hoffnung auf eine parlamentarische Stärkung des mit präsidialen Notverordnungen regierenden Kabinetts Brüning (Z) vorgezogene **Wahl vom 14. September 1930** stand ganz im Banne der Weltwirtschaftskrise. Verelendung und Radikalisierung großer Bevölkerungsteile sowie zunehmende politische Gewalt stärkten vor allem links- und rechtsextremistische Parteien. Die KPD gewann 2,5% und kam auf einen Stimmenanteil von 13,1%. Noch dramatischer war das Abschneiden der NSDAP, die erdrutschartige Gewinne verzeichnete und sich von 2,6 auf 18,3% steigerte. Gemeinsam verfügten die beiden extremistischen Parteien über 184 Reichstagsitze (32% aller Sitze). Klarer Wahlverlierer war die SPD, die nur noch 24,5% der Stimmen (-5,3%) erhielt. Auch die bürgerlichen Parteien verzeichneten Verluste. Das Zentrum kam auf 11,8% (-0,3%), die Staatspartei (ehemals DDP) auf 3,8% (-1,1%) und die DVP auf 4,7% (-4%). Wegen der ausgebliebenen parlamentarischen Stabilisierung der Regierung konnte das Kabinett Brüning seine Politik weiterhin nur mit Hilfe präsidialer Notverordnungen durchsetzen.

Die letzten beiden demokratischen **Wahlen am 31. Juli 1932 und am 6. November 1932**, die ebenfalls vorgezogen worden waren, um der Präsidialregierung von Papen (Z) eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, fanden unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der Radikalisierung statt. Aus beiden Wahlen ging die NSDAP mit 37,4 bzw. 33,1% als stärkste Partei (230 bzw. 196 Mandate) hervor; im Juli gelang es ihr, ihre Stimmenzahl mehr als zu verdoppeln und so die politische Landschaft nachhaltig zu erschüttern; hieran konnten auch die vergleichsweise geringen Verluste von 4,3% in der November-Wahl nur wenig ändern. Die KPD konnte in beiden Wahlen ihren Stimmenanteil verbessern und erzielten mit 14,5 und 16,9% ihre bis dahin besten Wahlergebnisse (89 bzw. 100 Mandate). Mit 319 von 608 Sitzen bzw. 296 von 584 Sitzen verfügten KPD und NSDAP gemeinsam über eine Sperrmajorität im Reichstag. Die Schwächung der republiktragenden Parteien setzte sich dagegen weiter fort: Die SPD verlor im Juli 3,9% und im November noch einmal weitere 1,2% und erzielte nur noch 21,6 bzw. 20,4%. Beide liberalen Parteien wurden in der Juli-Wahl mit Verlusten von 2,8% für die Staatspartei (insgesamt 1%) und 3,5% für die DVP (insgesamt 1,2%) zu politisch bedeutungslosen Splitterparteien degradiert; daran änderten auch die leichten Zugewinne für die DVP in der November-Wahl von 0,7% nichts. Das Zentrum verharrte weiter auf dem 1928 erreichten Niveau; die Partei gewann mit 12,5% im Juli leicht hinzu (+0,7%), verlor aber bei der zweiten Wahl des Jahres 1932 anteilmäßig genauso viele Stimmen und erzielte mit 11,9% fast die gleichen Werte wie 1930. Die DNVP fiel in der Juli-Wahl bei einem Stimmenverlust von 0,8% auf 6,2% zurück, konnte aber im November 1932 mit einem Gewinn von 2,7% auf 8,9% insgesamt sogar das Ergebnis von 1930 übertreffen. Die Reichstagswahl im November 1932 war die letzte demokratische Wahl auf Reichsebene. Die nächste Reichstagswahl im März 1933 fand schon unter Eindruck der nationalsozialistischen Repressions- und Einschüchterungspolitik statt und kann wegen zahlreicher Irregularitäten und Verstöße nur als bedingt demokratisch angesehen werden.

Literaturhinweise:

Jürgen Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München 1986.

Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1965.

Verwaltung des Deutschen Bundestages, Fachbereich WD 1, Redaktionsdatum: Mai 2006.